

# Befragung in Deutschland

im Auftrag der Freien Wähler

August 2024

The logo for INSA CONSULTERE features the word "INSA" in a large, bold, red sans-serif font, with the word "CONSULERE" in a smaller, bold, blue sans-serif font directly below it. To the left of the text is a solid blue vertical bar. The logo is positioned on the left side of a horizontal bar that consists of a red upper section and a blue lower section.

**INSA**  
**CONSULERE**

### **Feldzeit:**

09.08. – 12.08.2024

### **Methodik:**

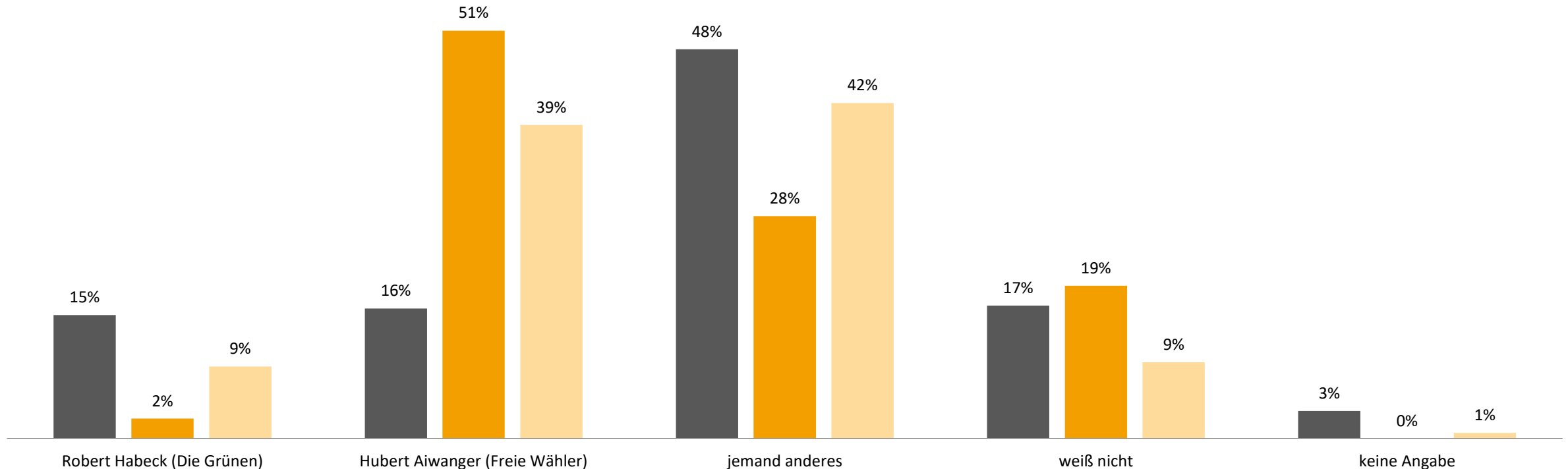
Die Umfrage wurde als Online-Befragung durchgeführt. Die Umfrage ist gestützt auf der permanenten Telefon-Befragung *INSA-Perpetua Demoscopia*.

### **Stichprobe:**

2.008 Personen aus Deutschland ab 18 Jahren nahmen an der Befragung teil.

# Wen wünschen Sie sich nach der nächsten Bundestagswahl als Bundeswirtschaftsminister?

■ gesamt ■ aktuelle FW-Wähler ■ potentielle FW-Wähler

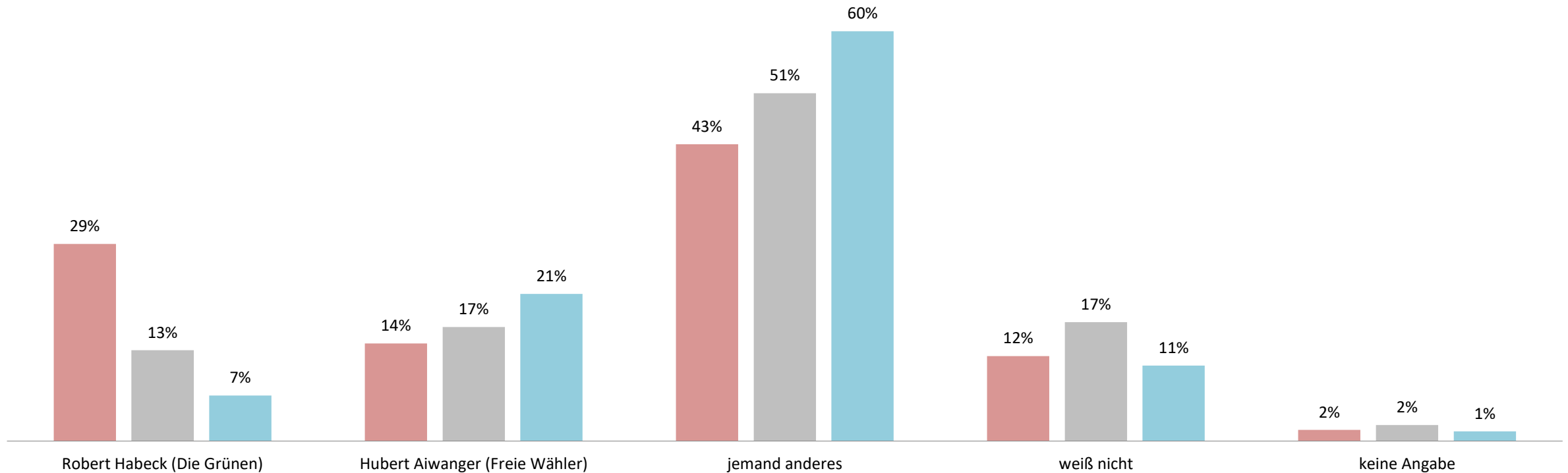


Fast die Hälfte (48 %) der Umfrageteilnehmer wünscht sich jemand anderen als Robert Habeck oder Hubert Aiwanger als Bundeswirtschaftsminister nach der nächsten Bundestagswahl. 16 Prozent wünschen sich Letzteren und 15 Prozent Robert Habeck. 17 Prozent wissen es nicht und drei Prozent wollen dazu keine Einschätzung kundtun.

Erwartungsgemäß wünschen sich sowohl potentielle wie aktuelle FW-Wähler überdurchschnittlich häufig Hubert Aiwanger in diesem Posten, wobei dieser Anteil bei Letzteren deutlich höher ausfällt (51 zu 39 %). Potentielle FW-Wähler wünschen sich dagegen deutlich häufiger jemand anderen (42 zu 28 %) und etwas häufiger Robert Habeck (9 zu 2 %). Zudem geben aktuelle FW-Wähler deutlich häufiger an, dass sie es nicht wissen (19 zu 9 %).

# Wen wünschen Sie sich nach der nächsten Bundestagswahl als Bundeswirtschaftsminister?

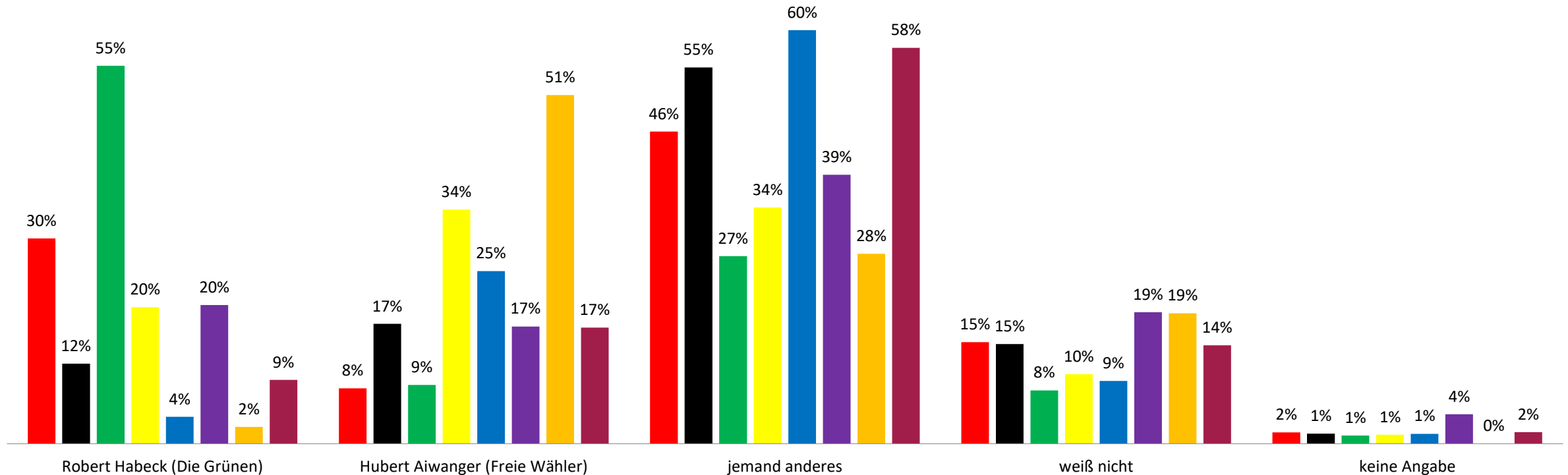
links der Mitte   Mitte   rechts der Mitte



Bei allen drei Befragtengruppen überwiegt mehrheitlich der Wunsch, dass jemand anderes als die beiden abgefragten Personen nach der nächsten Bundestagswahl den Posten des Bundeswirtschaftsministers ausfüllt. Allerdings steigt dieser Anteil mit zunehmender Rechtsorientierung deutlich an: von 43 Prozent bei den Linksverorteten bis auf 60 Prozent bei den Rechtsverorteten. Der gleiche Trend lässt sich bei der Präferenz für Hubert Aiwanger feststellen (von 14 auf 21 %) und ein gegenläufiger Trend bei jenen, welche sich für Robert Habeck aussprechen (von 29 auf 7 %).

# Wen wünschen Sie sich nach der nächsten Bundestagswahl als Bundeswirtschaftsminister?

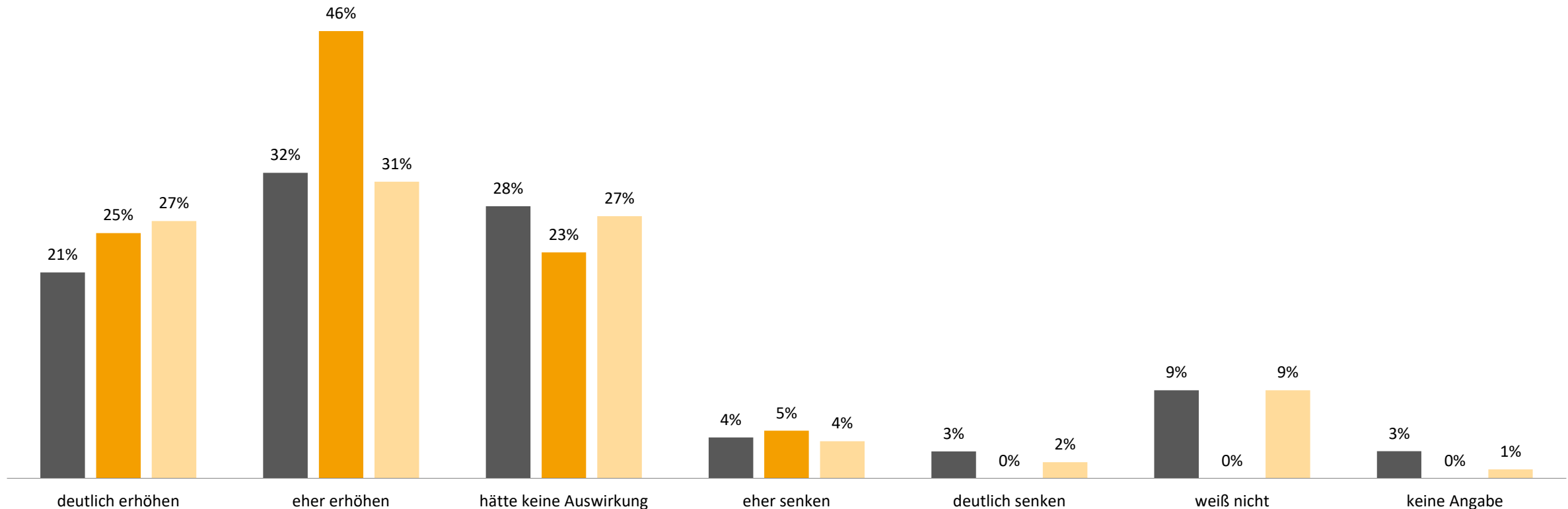
■ SPD ■ CDU/CSU ■ Die Grünen ■ FDP ■ AfD ■ Die Linke ■ Freie Wähler ■ BSW



Erwartungsgemäß wünscht sich die eigene Wählerschaft jeweils den Kandidaten der aktuell präferierten Partei: Wähler der Grünen (55 %) sprechen sich absolut-mehrheitlich für Robert Habeck und jene der Freien Wähler (51 %) absolut-mehrheitlich für Hubert Aiwanger aus. Wähler der FDP sind zwischen Letzterem und einem anderen Politiker (je 34 %) gespalten. Bei allen anderen Wählergruppen überwiegt jeweils mehrheitlich der Anteil derer, welche sich einen anderen Bundeswirtschaftsminister wünschen – bei SPD- (46 %) und Linke-Wählern (39 %) jeweils relativ-mehrheitlich und bei den restlichen Wählergruppen (55 – 60 %) jeweils absolut-mehrheitlich. Weiter lässt sich beobachten, dass sich SPD-Wähler zu 30 Prozent und jene von FDP und Linkspartei zu jeweils 20 Prozent für Robert Habeck aussprechen und Hubert Aiwanger bei 25 Prozent der AfD- und bei jeweils 17 Prozent der Unions-, Linke- und BSW-Wählern punkten kann.

Derzeit beträgt der Grundfreibetrag, also das Jahreseinkommen, welches steuerfrei bleibt, 11.604 Euro, was 967 Euro im Monat entspricht. **Wie würde sich bei Ihnen persönlich die Wahrscheinlichkeit verändern, eine Partei bei einer Bundestagswahl zu wählen, wenn sich diese dafür aussprechen würde, diesen Grundfreibetrag auf 2.000 Euro im Monat (also 24.000 im Jahr) anzuheben?**

■ gesamt ■ aktuelle FW-Wähler ■ potentielle FW-Wähler

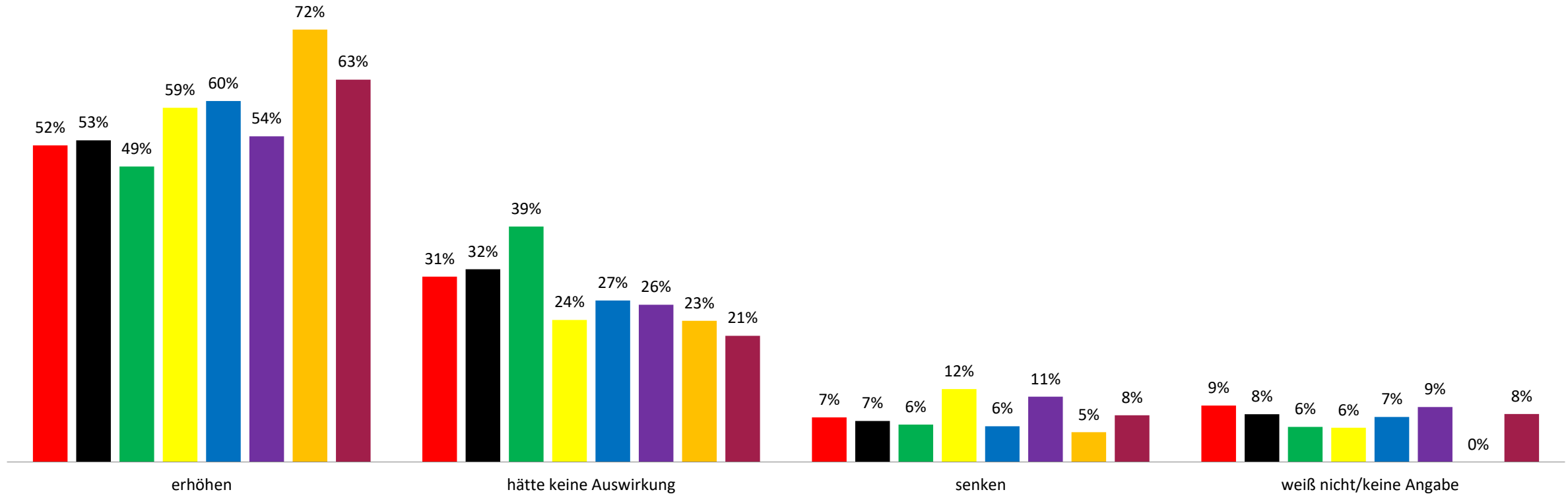


Wenn sich eine Partei für eine Anhebung des Grundfreibetrags auf 24.000 Euro im Jahr aussprechen würde, würde das zu einer höheren Wahlwahrscheinlichkeit dieser Partei führen: 32 Prozent der wahlberechtigten Befragten würden dann eine Partei eher und weitere 21 Prozent deutlich wahrscheinlicher wählen – insgesamt also 53 Prozent (kumuliert). Bei gut einem Viertel (28 %) hätte eine solche Forderung keine Auswirkung auf ihre Wahlwahrscheinlichkeit und insgesamt sieben Prozent (kumuliert) geben eine eher (4 %) oder deutlich geringere Wahlwahrscheinlichkeit (3 %) an. Weitere zwölf Prozent (kumuliert) können oder wollen dazu keine Einschätzung kundtun.

Beim Vergleich zwischen aktuellen und potentiellen FW-Wählern fällt auf, dass bei beiden FW-Wählergruppen der Anteil derer überwiegt, welche eine höhere Wahlwahrscheinlichkeit äußern (71 zu 58 %, je kumuliert), wobei aktuelle FW-Wähler deutlich häufiger eine eher erhöhte Wahrscheinlichkeit (46 zu 31 %) berichten und es potentielle FW-Wähler häufiger nicht wissen (9 zu 0 %).

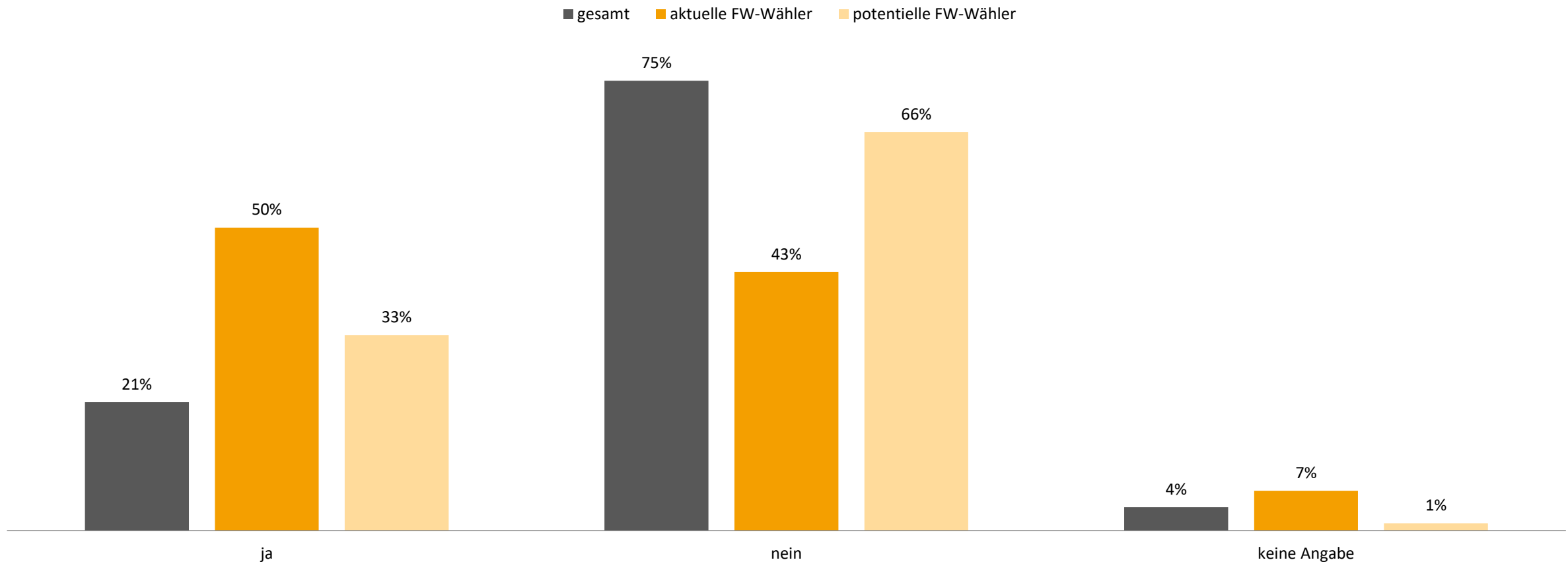
Derzeit beträgt der Grundfreibetrag, also das Jahreseinkommen, welches steuerfrei bleibt, 11.604 Euro, was 967 Euro im Monat entspricht. **Wie würde sich bei Ihnen persönlich die Wahrscheinlichkeit verändern, eine Partei bei einer Bundestagswahl zu wählen, wenn sich diese dafür aussprechen würde, diesen Grundfreibetrag auf 2.000 Euro im Monat (also 24.000 im Jahr) anzuheben?**

■ SPD ■ CDU/CSU ■ Die Grünen ■ FDP ■ AfD ■ Die Linke ■ Freie Wähler ■ BSW



Alle Wählergruppen würden eine Partei wahrscheinlicher wählen, wenn sich diese für eine deutliche Erhöhung des Grundfreibetrags von 11.604 Euro auf 24.000 Euro im Jahr aussprechen würde: Dieser Anteil fällt allerdings bei FW-Wählern (72 %) am höchsten und bei Grünen-Wählern (49 %) am geringsten aus. Letztere berichten entsprechend häufiger keine Veränderung ihrer Wahlabsicht (39 zu 21 – 32 %).

# Wussten Sie, dass sich die Freien Wähler dafür einsetzen, dass Erwerbseinkünfte unter 2.000 Euro im Monat steuerfrei sind?



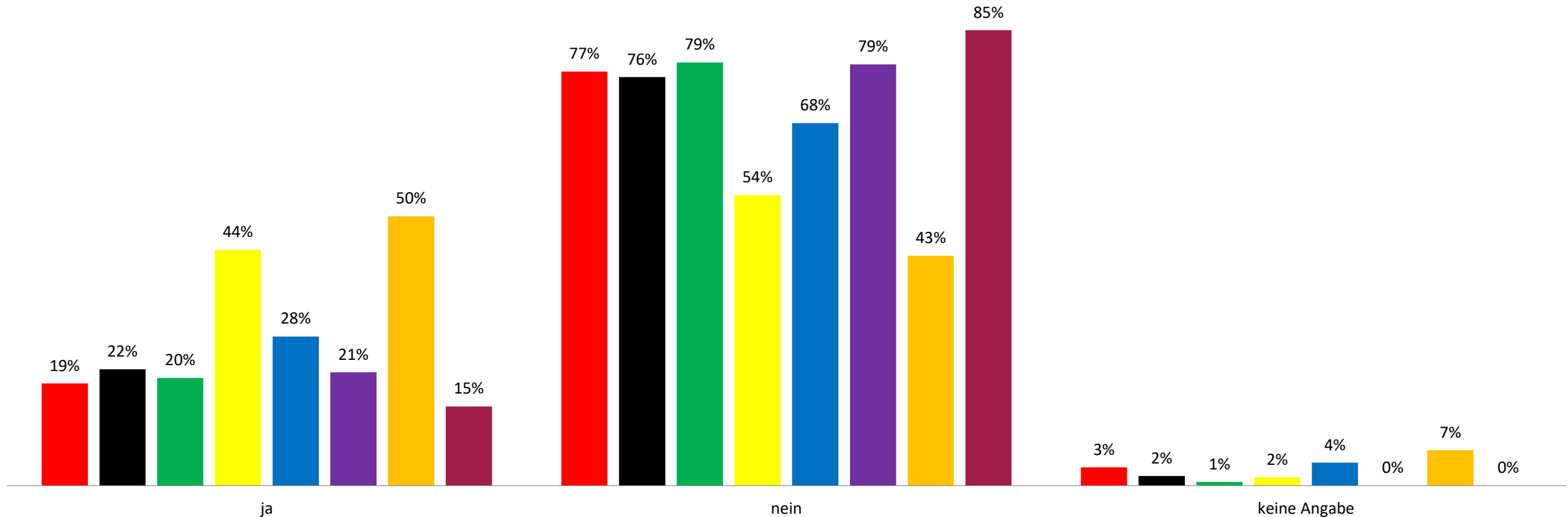
Drei Viertel (75 %) wussten nicht, dass sich die Freien Wähler dafür einsetzen, dass Erwerbseinkünfte unter 2.000 Euro im Monat steuerfrei sein sollten. Gut ein Fünftel (21 %) wusste dies hingegen und vier Prozent wollen dazu keine Angabe tätigen.

Erwartungsgemäß berichten beide FW-Wählergruppen überdurchschnittlich häufig, dass ihnen dies bekannt war, wobei dieser Anteil lediglich bei den aktuellen Wählern der Partei mehrheitlich überwiegt (50 zu 33 %). Potentielle Wähler der Freien Wähler geben entsprechend absolut-mehrheitlich und deutlich häufiger an, dass ihnen dies unbekannt war (66 zu 43 %).



# Wussten Sie, dass sich die Freien Wähler dafür einsetzen, dass Erwerbseinkünfte unter 2.000 Euro im Monat steuerfrei sind?

■ SPD ■ CDU/CSU ■ Die Grünen ■ FDP ■ AfD ■ Die Linke ■ Freie Wähler ■ BSW



Lediglich FW-Wählern selbst war diese Forderung der Freien Wähler mehrheitlich bekannt (50 %). Bei allen anderen Wählergruppen überwiegt hingegen jeweils absolut-mehrheitlich der Anteil an Befragten, welchen dies nicht bekannt war, wobei dieser Anteil bei FDP-Wählern deutlich am geringsten ausfällt (54 zu 68 zu 85 %). Entsprechend geben diese von allen anderen Wählergruppen deutlich am häufigsten an, dass ihnen diese Forderung der Freien Wähler bekannt war (44 zu 15 – 28 %).

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an:

**INSA-CONSULERE GmbH**

Arndtstraße 1

99096 Erfurt

Tel.: 0361 380 395 70

Fax: 0361 644 311 1

Hinweise zu den Grafiken:

Auf Grund der Verwendung von gerundeten Zahlenangaben kann die Summe der Prozentzahlen unter Umständen geringfügig von 100 Prozent abweichen.

Im Falle von Mehrfachantworten kann die Summe der Prozentzahlen erheblich von 100 Prozent abweichen.